

Antrag zur Landesversammlung 2016

am 08.10.2016 in Penzberg



Antragsteller:	Kreisverband München Land
Autoren:	Nicola Gehringer
Votum der Landesversammlung:	abgelehnt

Sicherheitswachten abschaffen

Die Landesversammlung der Jungen Union Bayern möge beschließen:

Das Projekt der Sicherheitswachten muss bayernweit eingestellt werden und die Polizei dafür dementsprechend gestärkt werden. Das Gewaltmonopol muss in der Hand des Staates bleiben.

Begründung:

Seit 1994 gibt es in Bayern die Möglichkeit für Gemeinden beim Innenministerium Sicherheitswachten zu beantragen. Sicherheitswachten bezeichnen sich selbst als „wandelnde Notrufsäulen“ und patrouillieren tagsüber in einer Gemeinde/Kommune und melden der Polizei evtl. Vorkommnisse. Die Bürger, die sich in der Sicherheitswacht gegen eine Aufwandsentschädigung, engagieren, werden nur geringfügig ausgebildet und können niemals einen gut ausgebildeten Polizisten ersetzen. Daher sollte die Staatsregierung, das Geld, welches für die Sicherheitswacht vorgesehen ist, sinnvollerweise in die Ausbildung und Ausrüstung unserer Bayerischen Polizei investieren.

Dazu ist die Effizienz der Sicherheitswacht mehr als zweifelhaft. Der Polizei werden viele Ordnungswidrigkeiten gemeldet, die Sicherheitswacht kann als auch zur Belastung der Polizei beitragen.

Kommunen haben keinerlei Einfluss auf die Ausgestaltung der Sicherheitswacht und können diese nicht „absetzen“, bzw. deren Absetzung beantragen. Für die Junge Union ist klar, dass das Gewaltmonopol beim Staat und im Bereich Sicherheit und Ordnung ausschließlich bei der Polizei liegt. Einer Sicherheitswacht mit hoheitlichen Befugnissen (Platzverweis, Identitätsfeststellung) fehlt die Legitimität.